

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einleitung	1
A. Die Planung des Übertragungsnetzausbaus als aktuelle Herausforderung	1
B. Problemaufriss und Gang der Untersuchung	5
I. Netzinvestitionen als Planungsgegenstand	9
A. Das Elektrizitätsnetz	9
1. Technische und physikalische Charakteristika des Elektrizitätsnetzes	9
2. Das Elektrizitätsnetz aus rechtlicher Sicht	13
a) Das öffentliche Verbundnetz als Regelungsgegenstand des Elektrizitätsregulierungsrechts	13
b) Übertragungs- und Verteilernetze als Teile des öffentlichen Verbundnetzes	14
c) Die Qualifikation eines Netzbetreibers als Übertragungs- oder Verteilernetzbetreiber	17
B. Netzinvestitionen	19
1. Der Begriff der Netzinvestition	19
2. Arten von Netzinvestitionen	20
C. Netzinvestitionsplanung	21
1. Der Begriff der Netzinvestitionsplanung	21
2. Arten der Netzinvestitionsplanung	24
II. Planungsverpflichtungen im Kontext staatlicher Netzinvestitionssteuerung	27
A. Versorgungssicherheit als Staatsaufgabe	27
1. Versorgungssicherheit als Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge	27
2. Versorgungssicherheit in einem europarechtlichen Modell der Daseinsvorsorge	30

B. Konzepte und Mechanismen der staatlichen Steuerung von Netzinvestitionen	33
C. Die staatliche Steuerung von Netzinvestitionen aus rechtshistorischer Perspektive	36
1. Die Erfüllungsverantwortung des Staates – Steuerung von Netzinvestitionen vor der Liberalisierung	36
2. Die Gewährleistungsverantwortung des Staates – Steuerung von Netzinvestitionen nach der Liberalisierung	41
a) Die Liberalisierung der Elektrizitätsmärkte	41
b) Die europarechtliche Zulässigkeit des Konzepts der Erfüllungsverantwortung	42
c) Der Wandel von der Erfüllungsverantwortung zur Gewährleistungsverantwortung	45
d) Staatliche Steuerung von Netzinvestitionen im unionsrechtlichen Rahmen	48
D. Steuerungsdefizite des bisherigen Ordnungsrahmens	54
E. Entstehungsgeschichte des aktuellen Ordnungsrahmens	56
III. Die europäische und regionale Netzinvestitionsplanung	63
A. Die europäische und regionale Netzinvestitionsplanung in den legislativen Vorarbeiten	63
B. Der normative Rahmen der europäischen und regionalen Netzinvestitionsplanung	65
1. Der Verbund der Übertragungsnetzbetreiber als Planungsverpflichteter	65
2. Aufbau und Inhalt des gemeinschaftsweiten Netzentwicklungsplans und der regionalen Investitionspläne	69
a) Der Investitionsplan für gemeinschaftsweite Netze und die regionalen Investitionspläne	69
b) Die Prognose der Nachfrage- und Einspeisungsentwicklung	76
c) Bewertung der Belastbarkeit des Systems	77
3. Das Verfahren der europäischen und regionalen Netzinvestitionsplanung	78
4. Rechtliche Wirkung des gemeinschaftsweiten Netzentwicklungsplans und der regionalen Investitionspläne	79
a) Wortlaut und Absicht der gesetzgebenden Organe	79
b) Literaturmeinungen	80
c) Grenzen der demokratischen Legitimation unionalen Handelns	81
d) Delegationsgrenzen in der Rsp des EuGH	83
e) Die Würdigung der Delegationsjudikatur vor dem Hintergrund des Demokratieprinzips	85

f) Die rechtliche Unverbindlichkeit des gemeinschaftsweiten Netzentwicklungsplans	86
C. Die Funktion der europäischen und regionalen Netzinvestitions- planung	88
1. Vernetzte Regelungsstrukturen als Alternative zur hierarchischen Steuerung	88
2. Institutionalisierung und Einbindung privater Akteure	91
3. Konsultationen als kooperative Prozesse	92
4. Stellungnahmen und Empfehlungen von ACER	94
5. Die europäische und regionale Netzinvestitionsplanung als normakzessorische Koregulierung	95
IV. Die nationale Netzinvestitionsplanung	97
A. Die nationale Netzinvestitionsplanung im europäischen Gesetz- gebungsprozess	97
1. Entflechtungsmodelle und Netzinvestitionsplanung im Richt- linienvorschlag der Kommission	97
2. Die Kritik am Kommissionsentwurf	99
3. Die Aufnahme des ITO als dritte Umsetzungsoption	100
4. Der weitere Gesetzgebungsprozess	101
B. Die Vorschriften des Dritten Energiebinnenmarktpakets für die nationale Netzinvestitionsplanung	102
1. Das Verhältnis der Entflechtungsmodelle	102
2. Keine Netzinvestitionsplanungspflicht des eigentumsrechtlich entflochtenen Übertragungsnetzbetreibers	104
a) Das Modell der eigentumsrechtlichen Entflechtung	104
b) Die Ratio des Fehlens einer Netzinvestitionsplanungspflicht. .	106
3. Die Verpflichtung des ISO zur Netzinvestitionsplanung.	107
a) Das Modell des ISO	107
b) Die Ratio der Netzinvestitionsplanungspflicht des ISO	111
4. Die Verpflichtung des ITO zur Planung und Durchführung von Netzinvestitionen	112
a) Das Modell des ITO	112
b) Die Ratio der durchsetzbaren Netzinvestitionsplanungs- pflicht des ITO	114
5. Systematik und Zweck der nationalen Netzinvestitionsplanung. .	115
C. Die innerstaatliche Umsetzung der nationalen Netzinvestitions- planung	118
1. Die Umsetzung der Entflechtungsmodelle	118
a) Die gesetzliche Umsetzung	118
b) Die Zertifizierung der Übertragungsnetzbetreiber	124
2. Die einheitliche Umsetzung der Netzinvestitionsplanungspflicht	126
3. Die strafbewehrte Verpflichtung zur Netzinvestitionsplanung . .	129

4. Die Übertragungsnetzbetreiber als Planungsverpflichtete	131
5. Die Erstellung der nationalen Netzinvestitionspläne	135
6. Determinanten der nationalen Netzinvestitionsplanung	140
D. Die nationale Netzinvestitionsplanung im Spannungsverhältnis zur Investitionsautonomie des Übertragungsnetzbetreibers	142
1. Die nationale Netzinvestitionsplanung als Instrument der Investitionssteuerung	142
a) Die nationale Netzinvestitionsplanung als Kombination von Planungs- und Investitionsverpflichtung	142
b) Das Änderungsverlangen der Regulierungsbehörde als Befugnis zur Investitionsverpflichtung?	144
2. Die nationale Netzinvestitionsplanung aus grundrechtlicher Sicht	146
a) Der sachliche Anwendungsbereich der Grundrechtecharta . . .	147
b) Der persönliche Anwendungsbereich der Grundrechtecharta .	152
aa) Die österreichischen Übertragungsnetzbetreiber und -eigentümer als staatlich beherrschte Unternehmen	152
bb) Die Grundrechtsträgerschaft staatlich beherrschter Unternehmen nach der Grundrechtecharta	153
cc) Die österreichischen Übertragungsnetzbetreiber und -eigentümer als Grundrechtsträger	158
c) Der Interpretations- und Prüfungsmaßstab der nationalen Netzinvestitionsplanung	159
d) Die nationale Netzinvestitionsplanung als abgrenzbarer Prüfungsgegenstand	164
e) Die nationale Netzinvestitionsplanung als Grundrechts- eingriff	168
aa) Eingriff in das Eigentumsgrundrecht des ITO	168
bb) Eingriff in das Eigentumsgrundrecht der Konzernmutter .	172
cc) Eingriff in das Grundrecht auf unternehmerische Freiheit des ITO	173
f) Die Rechtfertigung der nationalen Netzinvestitionsplanung . .	174
aa) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	174
bb) Die Rechtfertigung der umzusetzenden Planungs- verpflichtung gegenüber dem ITO	175
cc) Die Grundrechtswidrigkeit der Kapitalerhöhung gegenüber der Konzernmutter	180
dd) Die Grundrechtswidrigkeit einer Investitionsver- pflichtung der Regulierungsbehörde	184
g) Die grundrechtliche Beurteilung der nationalen Netz- investitionsplanung	187
aa) Richtlinienkonforme Interpretation der Umsetzungs- normen	187

bb) Grundrechtliche Beurteilung der überschießenden Umsetzung	188
3. Die nationale Netzinvestitionsplanung als direkte Investitions- lenkung	194
E. Das Verfahren der nationalen Netzinvestitionsplanung.....	194
V. Zusammenfassung in Thesen	205
Quellenverzeichnis	211
A. Literatur	211
1. Selbständige Werke.....	211
2. Kommentare und Kommentarbeiträge.....	213
3. Beiträge in Sammelwerken.....	215
4. Beiträge in Festschriften.....	220
5. Beiträge in Zeitschriften.....	220
6. Dokumente von Unionsorganen.....	223
7. Online-Quellen (Stand: 15.1.2015)	228
8. Sonstiges	231
B. Judikatur	231
1. VfGH	231
2. VwGH.....	231
3. EuGH und EuG.....	232
4. EGMR und EKMR	234
5. BVA	235
Über den Autor	237